

Berufsbildung: Faire Spielregeln und Gleichbehandlung!

Markus Hutter, Unternehmer und Nationalrat

Die Berufsbildung sieht einer schwierigen Zukunft entgegen. Die Lehrbetriebe stehen vor grossen Herausforderungen. Es herrscht ein Mangel an Fachleuten und Lehrlingen. Mängel auf der Ebene der Volksschule und ungleichlange Spiesse zwischen Berufs- und akademischer Bildung sind Laufbahnhürden für unsere Jugend. Das muss korrigiert werden. Kantönligeist und Desinteresse des Bundes dürfen in der Berufsbildung keinen Platz mehr haben.

Die duale Berufsbildung ist ein Erfolgsmodell. Es versorgt die Unternehmen bedarfsgerecht mit praxisorientierten und qualifizierten Berufsleuten. Die Kraft der dualen Berufsbildung ist umso erstaunlicher, wenn man berücksichtigt, unter welchen Bedingungen sie sich in der Bildungslandschaft behaupten muss.

Ungleichlange Spiesse

Die Berufslehre wird stiefmütterlich behandelt. Akademische Bildungsgänge werden ausgebaut und geniessen dank Bologna-Reform internationale Anerkennung. Absolventen einer Berufslehre können dagegen den vollen Wert ihrer Berufsabschlüsse nur in der Schweiz ausspielen. Und selbst das ist schwierig genug: Leistungswilligen jungen Menschen, die eine Höhere Fachschule absolvieren wollen, spielt der Kantönligeist übel mit. Trotz Fachschulvereinbarung sitzen die Kantone auf ihren Geldern, wenn Lernwillige ihre höhere Ausbildung ausserhalb des eigenen Kantons machen wollen. Das schränkt die freie Berufswahl massiv ein. Akzentuiert wird die Situation dadurch, dass Studierende an einer Höheren Fachschule, verglichen mit Studierenden an einer Universität, ein Vielfaches an Studiengeldern und Ausbildungsgebühren aus der eigenen Tasche berappen müssen, oft bis zu zehnmal mehr!

Faire Spielregeln

Die Weichen müssen endlich und richtig gestellt werden! Die Devise lautet: Schaffen wir für die Berufsbildung endlich faire Spielregeln! Es beginnt bereits in der Volksschule. Schlüsselqualifikationen wie Pünktlichkeit, Durchhaltewille und Ausdauer müssen als Vorbereitung für eine erfolgreiche Berufslehre konsequent eingefordert werden. Mit überladenen Lehrplänen und pädagogischem „laisser-faire“ helfen wir unserer Jugend nicht. Eine Verbesserung des Betreuungsverhältnisses von Ausbilder zu Auszubildendem gehört deshalb ebenso dazu, wie die Entlastung der Lehrenden von Lehrinhalten, die eigentlich Sache des Elternhauses sind – oder sein müssten.

Berufsbildung fördern

Die Förderung der Berufsbildung darf kein Lippenbekenntnis sein. Der Einstieg in die berufliche Grundbildung muss attraktiver werden. Man gewinnt den Eindruck, auf der Sekundarstufe werde die Berufslehre, zumal der technischen und handwerklichen Berufe, als „Karriere 3. Klasse“ gehandelt. Das ist fahrlässig. Erfolgreiche Lehrabgänger sind die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg Tausender KMU. Dank der Berufsmittelschulen, der höheren Fachschulen und der Fachhochschulen schafft die Berufslehre eine wertvolle Alternative zum akademisierten Weg über das Gymnasium.

Miliz an der Grenze

Das System ist mittlerweile derart administriert, dass es an die Grenze der Miliztauglichkeit stösst. Betroffen sind ausgerechnet KMU und Gewerbe, die besonders stark auf eine praxisnahe und bedarfsgerechte Berufsbildung ihres Nachwuchses angewiesen sind. Lehrlingsbetreuer in den Betrieben und Beauftragte von Berufsverbänden geraten gegenüber den vollamtlichen „Theoretikern“ der öffentlichen Hand ins Hintertreffen. Die Lastenverteilung und Leistungsvergütung stimmt seit langem nicht mehr. Dabei ist das Wissen und Können der „Praktiker“ für bedarfsgerechte Lehrprofile, die marktnahe, praktische Fähigkeiten vermitteln, von zentraler Bedeutung.

Berufsbildung muss uns etwas Wert sein

Der Bund hat den Auftrag, die Berufslehre zu fördern. Nur hat er in dieser Richtung bisher wenig getan. Die Zeichen der Zeit hat der Nationalrat erkannt. In der Sommersession hat er den Bundesrat verpflichtet, in den nächsten Jahren zusätzliche 100 Millionen Franken in die Berufsbildung zu investieren. Der Ständerat ist aufgefordert, hinter diesen Auftrag ein Ausrufezeichen zu setzen! Ebenfalls an die Vertretung der Stände ist die Forderung zu richten, Kantönligeist und falsch verstandenen Föderalismus in der Berufsbildung aufzubrechen. Es darf nicht sein, dass sich Kantone um den Berufsbildungswunsch ihrer Jugend in ausserkantonalen Einrichtungen frotieren, nur um ihre eigenen Einrichtungen auszulasten. Das ist Protektionismus auf dem Buckel Leistungswilliger.

Berufsbildung braucht unsere Unterstützung

Gewerbenahe Politik tut gut daran, selbstbewusst und entschieden aufzutreten. Die Berufsbildung muss die ihr gebührende Anerkennung erhalten. Dazu genügen weder Sonntagsreden, noch leere Bekenntnisse zum weltweit einzigartigen dualen Berufsbildungssystem. Dazu braucht es Gleichbehandlung von praktischer und akademischer Bildung. Das ist nicht gratis zu haben. Aber wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen.